

Kündigung des Atomabkommens mit Iran durch Trump (GS 2-18)

Man muss sich klar machen, was dieser vor zwei Jahren abgeschlossene Vertrag für ein Abkommen ist. Es ist schon eigentümlich, dass ein Staat über Mittel seiner Souveränität verhandelt. Wie kommt so etwas zustande?

— *Dass sich ein Staat auf einen Deal über seine Souveränitätsmittel eingelassen hat, setzt eine Feindschaft voraus. Die Inhalte des Vertrags widersprechen dem verbreiteten Urteil, es sei die Leistung Obamas, einen Schritt in Richtung Frieden im Nahen Osten erreicht zu haben. Trump dagegen wird vorgeworfen, mit der Kündigung des Abkommens diesen Frieden zerstört zu haben. Gegen dieses Urteil sprechen allein schon einige Inhalte dieses Deals. Da war schon ein Sanktionsregime eingerichtet, das massiv Erfolg hatte. Dagegen hatte Iran bereits eine „Resistance Economy“ eingerichtet. Auf Basis dieses Erfolgs hat Obama einen Deal durchgesetzt, Iran einiges abverlangt. Für den Abbau seiner Atomindustrie und die Einführung von Kontrollen wird ein gewisser Teil der Sanktionen zurückgenommen. Aus den Inhalten kann darauf geschlossen werden, dass da gerade keine Feindschaft zurückgenommen wurde.*

— *Im vierten Absatz (des Artikels, S. 17) heißt: „Im Gegenzug werden die gegen Iran praktizierten Sanktionen aufgehoben, deren Rechtsgrund das von den Mächten der Gegenseite missbilligte, weil als Atomwaffenprogramm definierte Nuklearprogramm Irans war.“ Also in dem Sinne, was eben gesagt war, dass man in jeder Zeile eine unversöhnliche Feindschaft als Ausgangspunkt dieses Abkommens sehen kann, wird hier mitgeteilt: Die, die den Vertrag unterzeichnet haben, und Iran auch dazu gekriegt haben, ihn zu unterschreiben, nehmen den Willen Irans zur Entwicklung einer Atombombe als Rechtsgrund, also als einen Grund, den sie definieren als etwas, das in der Welt, in der sie etwas zu sagen haben, nicht erlaubt und ein Verstoß gegen das Recht ist. Diese Definition ist dann der Rechtsgrund, mit dem sie ihr Ansinnen, dass dieser Staat seine letzten Gewaltmittel oder deren Entwicklung ein Stück weit aufgeben soll, begründen. Wo sie das als Verbrechen, als Unrecht definieren und ihm abverlangen, dass er sich dem von ihnen definierten Recht unterwirft.*

— *Da hätte ich einen Einwand von der Blickrichtung aus, was da ausgesagt ist bzgl. dem, wer da mit dem Staat verhandelt, den er da in eine Rolle drängt, dass er auf die Idee kommt: ich muss ja über meine Souveränitätsrechte verhandeln, weil ich sonst auf der ganzen Welt ausgeschlossen bin. Das sagt mehr über eine gültige Weltordnung, der sich dieser Staat unterordnet. Nur weil ihm die Feindschaft erklärt wird, will er überhaupt diese Souveränitätsmittel, über die er dann in diesem Abkommen sagt: ich verzichte darauf.*

— *Das geht wohl darauf, was die Freiheit, die sich die Vertrag abschließenden Souveräne herausnehmen, für eine fundamentale Feindschaft unterstellt. Über die Freiheit des Westens erfährt man da etwas. Wie ist jetzt der Einwand gemeint?*

Bevor man in den Artikel einsteigt, sollte man sich klar machen, wie eigentlich in der Öffentlichkeit über den Vertrag geredet wird. Da ist die Stellungnahme der Presse ziemlich ähnlich dem, wie auch deutsche Politiker darüber reden. Der Vertrag habe die Welt doch ein bisschen sicherer gemacht, insofern eine Macht, die Atomwaffen anstrebte, daran gehindert wird, das zu machen. Dadurch sei die Sicherheit in der Welt größer geworden. Und gleichzeitig sei der Staat in die Schranken gewiesen worden, dass er sich mit der herrschenden Weltordnung zu arrangieren und sich nicht einfach darüber hinwegzusetzen hat. Das ist die Art, wie dieser Vertrag besprochen und darüber gejamert wird, dass Trump den jetzt gekündigt hat. Diese Auffassung muss man im Kopf haben, wenn man überlegen will, was da dran ist, was dieser Vertrag war. Ist es denn eigentlich so selbstverständlich – und darauf hat die Eingangsfrage gezielt –, dass man von einem Staat verlangt, sich in seiner Bewaffnung Grenzen setzen zu lassen bezgl. der Waffen, mit denen jeder Staat seine Rechte wahren will. Dieser Vertrag hat einen Hintergrund: Iran wurde schon ewig von den USA als Terrorstaat, Terrorunterstützer, Achse des Bösen usw. behandelt. Der Westen hat – von den USA initiiert – diesen Staat bis zum Gehtnichtmehr isoliert; er wurde mit Sanktionen belegt hauptsächlich mit der Begründung, dass er sich Atomwaffen anschafft und darüber die Welt bedroht. Dieses Urteil sollte man nicht einfach zur Voraussetzung der eigenen Beurteilung nehmen, sondern sich mal überlegen, was das für eine Weltordnung ist, wo maßgeblich Staaten oder die, die sich als Weltordnungsmacht verstehen, sagen, bestimmte Staaten müssen ausgeschlossen werden von der Erreichung von Waffen, die andere Staaten längst haben. Das ist der Zustand. Iran hat auch nicht einfach den Standpunkt, ich will ein anständiger Staat sein und deswegen verzichte ich auf ein Atomprogramm. Sondern das war eine Gewalaffäre, die längst in Gang war gegen diesen Staat. Das wird am Anfang des Artikels dargestellt. Iran ist seit der Revolution durch Chomeini und dessen Feindschaftserklärung dagegen, dass er von den USA als Öllieferant vereinnahmt worden und ihm eine Rolle zugewiesen worden ist, die er nur haben darf innerhalb der Weltordnung. Dagegen hat Chomeini diese Revolution gemacht und einen islamischen Staat eingerichtet, der sich erklärtermaßen gegen diesen Imperialismus der USA richtet. Und damit war die Feindschaft der USA klar: dieser Staat muss weg. Das haben die dann auch entsprechend betrieben und den Westen dafür eingespannt mit Sanktionen usw. einerseits mit dem Vorwurf, Iran will sich ein Atomprogramm zulegen, andererseits mit dem Vorwurf, er führt sich in der Gegend als Unterstützer von Terror auf gegen Staaten, mit denen die USA verbündet sind. Und mit seinem Öl verschafft er sich genau die Mittel, mit denen er sein Unwesen treiben kann. Also muss er sanktioniert und in der Staatenwelt isoliert werden. Das ist der Hintergrund des Programms der Verhandlungen Obamas zu diesem Atomprogramm.

— Iran hat sich an die Bestimmungen des Atomwaffensperrvertrages immer gehalten. Wenn die USA jetzt daran noch Zusatzprotokolle und Direktiven anhängen, zeigt das, welchen massiven Anspruch die USA gegen den Iran durchsetzen wollen.

Den NPT-Vertrag sollte man nicht bagatellisieren. Auch der ist schon die Sortierung in Atomstaaten, die das Recht haben, Atomwaffen und damit die Waffen zu besitzen, die allen anderen überlegen sind, und in die anderen Staaten, denen das verwehrt ist, die bestenfalls unter Kontrolle der Atomstaaten ein friedliches Atomprogramm auflagen dürfen. Und da gab es auch die Kritik, dass die Kontrollen nicht effektiv genug sind. Darüber hinaus gab es den Versuch, die Staaten dahin zu erpressen, Protokolle zu unterschreiben, die weit über den NPT-Vertrag hinausgingen - gerade gegenüber den Staaten, die eine gegenüber den USA unliebsame Politik gemacht haben (Irak, Libyen usw.).

Insofern merkt man an dem Vertrag, dass da nicht einfach vereinbart worden ist, Iran solle keine Atomwaffen haben. Sondern was da vereinbart wurde - das Atomprogramm, das Iran betrieben hat, musste zu großen Stücken abgebaut werden, Anlagen mussten eingemottet werden, Iran musste angereichertes Uran ausführen – geht weit darüber hinaus, er solle keine Atomwaffen haben. Sondern Iran wurde dazu genötigt, sein bisheriges Atomprogramm aufzugeben und für die Reste wurde ihm ein umfangreiches Kontrollwesen aufgehehrt. Das Ganze verweist darauf, dass man dem Staat, mit dem man einen Vertrag schließt über seine Atomwaffen, unterstellt, dass der sich daran nicht hält. Der ganze Vertrag ist in diesem Sinne ein einziges Dokument davon, dass man da mit einer Partei verhandelt und einen Vertrag abschließt, von der man zugleich das Urteil hat: das ist ein Feind, der sich den Anforderungen, die man an ihn stellt, nicht beugt, sich entzieht. Insofern geht das Angesprochene zusammen: Es ist nicht einfach ein Atomwaffenverbot, sondern in dem Sinne der Eingriff in die Souveränität Irans, dass dem Staat vorgeschrieben wird, was er überhaupt unter auswärtiger Kontrolle an atomaren Aktivitäten entwickeln darf.

— Die Frage, ob es sich hier um Souveränitätsrechte oder -mittel handelt, dürfte damit geklärt sein. Denn es stellt sich heraus, dass der Bezug auf die Souveränitätsmittel als Bestandteil dessen, wie sich ein Souverän behaupten will, viel mehr ist, als nur „diese Waffen dürft ihr nicht entwickeln“. Sondern aus dem Bezug auf diesen Willen des Souveräns, solche Waffen zu entwickeln, ergibt sich etwas ganz anderes, nämlich ein Recht der Einmischung in das Allerheiligste eines Souveräns, die Unversehrtheit seines Territoriums.

In dem Artikel wurde auch darauf hingewiesen, dass es bei der Beschränkung des Atomprogramms nicht nur um die Verhinderung der Atombombe selbst geht. Es geht darum, überhaupt die Entwicklung einer Nukleartechnologie Iran nicht zu überlassen. Die USA haben immer damit argumentiert, warum ein Land, das so viel Öl hat, eine Atomwirtschaft brauchen soll, das alles sei sehr verdächtig. Insofern sollen auch alle anderen Nationen einsehen, dass das für Iran nicht in Frage kommt. Dies neben dem, dass nur bestimmte Sanktionen durch den Vertrag aufgehoben wurden, nämlich die, die mit dem Atomprogramm unmittelbar verknüpft waren über eine UN-Resolution. Die anderen Sanktionen, die darauf bezogen waren, weil Iran ein antiamerikanisches System verfolgt, was dann heißt Menschenrechte verletzt oder sich in andere Staaten einmischt, all die (dafür längst durch die USA verhängten) Sanktionen bleiben aufrechterhalten ebenso wie die, die die EU außerhalb des Atomprogramms verhängt hat. Damit ist klar, dass der Staat nicht einfach wieder eingemeindet ist in die Staatenwelt, wenn er vom Streben nach dieser Waffe lässt. Sondern er bleibt der Paria, der bekämpft werden muss, sich ändern muss und seine Staatsräson aufzugeben hat.

— Er bleibt als dieser Störenfried der imperialistischen Welt fixiert, kriegt Souveränitätsmittel weggenommen. Gleichzeitig bleibt in der Region die Bedrohung durch die Atommacht Israel bestehen. Mit dem Staat wurde kein Atomwaffen-Entwaffnungsvertrag gemacht. Also all das, was Iran sich zurechtgelegt hatte als Defensive und Verteidigungsmittel seiner Souveränität gegen die Feindschaft, die ihm angetragen wird. Dieses Verhältnis ist mit diesem Vertrag geändert worden.

Die „Defensive“ ist zu streichen! Es ist nie defensiv, wie sich ein Staat in der Welt sieht. Ein Staat will seine Zwecke verfolgen. Die reichen immer über das, was er gerade darstellt und auf seinem Territorium tun und lassen will, weit hinaus. Wollte man „defensiv“ dazu sagen, wäre alles defensiv, wenn ein Staat die eigenen Interessen und Ansprüche verteidigt. Die Selbstbehauptung Irans bezieht sich auf das, was die Staatsräson des Staates ist, was er an ambitionierten Ansprüchen in der Region hat usw. Das ist zum gesteigerten Grund der Feindschaft von Seiten der USA genommen worden. Ein Staat, der sich Mittel zulegen will für eine Selbstbehauptung gegenüber den USA, der beschränkt damit deren Handlungsfreiheit und bringt erst recht zum Ausdruck, dass die Feindschaft gegen ihn aufrechtzuerhalten ist.

— Ich habe eine gewisse Unklarheit mit den Sanktionen. Auf Seite 17 unten ist von praktischen Sanktionen die Rede, die aufgehoben werden, man weiß aber nicht, welche das sind. Da steht: „Alle anderen Sanktionen gegen Iran, insbesondere seitens der USA, zu einem geringeren Teil auch seitens der EU, die mit Verweis auf das iranische Raketenprogramm, Terrorunterstützung usw. beschlossen worden sind, bleiben von dem Atomdeal ausdrücklich unberührt, also weiter in Kraft.“ Das kann ich schon trennen. Wo es zuerst heißt „bleibt in Kraft“ und dann auf Seite 19 wo es um den Inhalt des Vertrages geht, steht „wird zurückgenommen“. Das ist widersprüchlich: „Die Obama-Regierung hat ... das Angebot gemacht ... Stornierung jener Wirtschaftssanktionen einzutauschen, ... (gegen die,) die verhängt oder angedroht worden waren.“ (S. 19)

Das ist nicht widersprüchlich. Nachdem wir festgestellt haben: gegen die normale Auffassung dessen, als was der Vertrag angesehen wird, handelt es sich um ein Programm, wo die USA einen erklärten Feind versuchen kleinzukriegen und dem seine Staatsräson auszutreiben. Dann kann man sich fragen: Warum lassen sich die beiden Seiten auf so einen Vertrag ein? Von Iran war schon gesagt, dass er isoliert, unter Druck gesetzt ist und in seiner Wirtschaft sehr bedrängt ist. Er muss praktisch eine Kriegsökonomie aufziehen, um weiter zu bestehen. Deswegen ergreift er die Gelegenheit, die ihm in den Verhandlungen geboten wird, um zu sagen: Wenn ich von diesen Wirtschaftssanktionen erst mal befreit bin und darüber eine wirtschaftliche Basis wiedererlangen kann, dann verzichte ich erst mal auf die Weiterentwicklung meines Nuklearprogramms und erlaube den anderen die Kontrolle darüber, aber auch darauf beschränkt. Deswegen gibt es ewig Streit darüber, wie weit die Kontrolle geht, ob sie auf Rüstung überhaupt ausgedehnt wird usw.

Als Ergänzung auf die Frage: Die Sanktionen, die im Zusammenhang mit dem Atomprogramm verhängt worden sind, zielten darauf, Iran seinen Ölexport zu verunmöglichen. Es hat andere Sanktionen gegeben, die verboten haben, Teile für iranisches Raketenprogramm zu liefern, oder wegen Menschenrechten erlassen wurden. Das Entscheidende in Hinsicht auf das Atomprogramm war die Verunmöglichung des Ölexportes. Das waren UN-Sanktionen, an die die ganze Staatenwelt gebunden war. Das ist hier angesprochen als Drangsalierung Irans, wo der angesichts der Perspektive, diese Art von Sanktionen loszuwerden, zu Zugeständnissen bereit war.

Das bezog sich dann nicht nur auf die Ölexporte, sondern auch auf die Bankgeschäfte und eingefrorene Vermögen in den USA, die sukzessive freigegeben werden sollten. Das wurde Iran angeboten. Aber das trifft nicht zu auf Sanktionen die Waffenimporte, Personen, Gruppierungen wie die Revolutionären Garden, Unterstützung der Hisbollah, Firmen usw. getroffen haben und aufrechterhalten wurden. Nur die Sanktionen bezogen auf das Kerngeschäft, Ölexporte und Finanzierungsmöglichkeiten dazu, sollten abgebaut werden. Dafür muss er sich eine Aufsicht über sein Atomprogramm, was gleichzeitig eine Aufsicht über dessen technischen Entwicklungsmöglichkeiten einschließt, gefallen lassen.

*

Warum machen die USA so einen Vertrag? Dass der Zweck, der damit erreicht ist, weit über das Atomprogramm hinausgeht, ist eben abgehandelt worden.

— *Obama hat an der alten Iran-Politik einen Korrekturbedarf gesehen. Auf der einen Seite konnte er konstatieren: Erpressungsmanöver haben die Wirtschaft isoliert, Iran ist wirtschaftlich kaputt gemacht. Auf der anderen Seite musste er konstatieren, dass Iran sich als regionale Macht behauptet hat, die auch Einfluss nehmen kann, z.B. in der Palästinenserfrage oder im Jemen. Und Obama musste konstatieren, dass Iran, Verbündete wäre zu viel gesagt, aber Mächte auf seiner Seite hat, die die Feindschaft der USA gegenüber Iran nicht teilen.*

Man könnte es so sagen: Er merkt, dass das Ziel, das die USA seit Jahrzehnten verfolgen, Iran zur Kapitulation zu zwingen durch Erpressungen und es zu verunmöglichen, sich in dieser Welt aufrechtzuerhalten, nicht erreicht wurde. Iran hat eine Notstandsökonomie hinbekommen, mit der das Land weiterleben kann, wenn auch schlecht, gerade was die Bevölkerung betrifft. Andererseits leistet sich dieser Staat ein Militärprogramm und kann es sich leisten, sein Nuklearprogramm fortzuentwickeln. Und dafür findet er im Ausland waffenmäßig und ökonomisch Unterstützung. Von daher kommen die USA nicht an ihr Ziel, es sei denn, sie führen Krieg gegen Iran.

Darauf ist im Artikel auch hingewiesen, dass praktische Angriffe gegen das Atomprogramm durchgeführt worden sind (Stuxnet-Virus) und die Drohung, dass Atomanlagen per Luftangriff durch Israel zerstört werden, steht auch immer im Raum. Bei dem Programm, für das sich Obama entschieden hat, setzt er sich keinen neuen Zweck, sondern er überlegt für die Feindschaft eine andere Praxis: Eine Alternative zum Krieg Führen, durch die trotzdem die Verfügung insbesondere über die Souveränitätsmittel Atomwaffen unterbunden wird.

Bei aller Beeinträchtigung des Iran durch das Sanktionswesen hat sich das, worauf dieses zielt, nämlich die Kapitulation des Iran, nicht eingestellt. Der Iran hat Mächte gefunden, die ihn ökonomisch und politisch stützen und sich gegen die von den USA betriebene politische Isolierung als so etwas wie Schutzmächte des Iran betätigt haben. Aber bezüglich dessen, was zum Hauptpunkt der Feindschaft gegen den Iran erklärt worden ist, sein Atomprogramm, hat Obama gesagt, dass das mit der Kapitulation einstweilen hintangestellt werden kann, aber zum Aushebeln des Atomprogramms sieht er sich heute und hier durch Verhandlungen in der Lage. Ausgenutzt werden die Schädigungen, die der Iran erfahren hat und erfährt, und die nötigen ihm, sich diesen Hauptpunkt abhandeln zu lassen, auf sein Atomprogramm zu verzichten. Soweit sind diese Drangsalierungen offensichtlich wirksam und gediehen, dass man gewisse Erleichterungen bei ihnen schon als Erpressungshebel ansetzen kann.

Damals wurde die Formulierung step-by-step benutzt. Die Beschränkung des Atomprogramms des Iran bedeutet überhaupt nicht, dass das andere: Irans Raketenprogramm, seine Regionalmachtambitionen, sein Antiamerikanismus, durchgestrichen worden wäre.

Das ist auch die Lüge, die in der Presse so mitschwingt, wenn gesagt wird, dass dies ein Schritt zur Normalisierung der Beziehungen zum Iran gewesen wäre. Ganz im Gegenteil: das war der erste Schritt, den Iran fertig zu machen. Und wenn gesagt wird, der Iran würde immer versuchen, sich nicht an die Vereinbarungen zu halten, ist festzuhalten, dass dasselbe für die Amerikaner genauso gilt. Sie haben jede Gelegenheit wahrgenommen, den Iran mit weiteren Sanktionen zu traktieren und umliegende Staaten, Saudi Arabien und

Israel, wurden immer mehr aufgerüstet, um sich gegen den Iran aufzubauen. Dass Iran sich mit seinem Atomprogramm behauptet hat und dass er potente Mächte zur Unterstützung gefunden hat - nach beiden Seiten hin ist Obama aktiv geworden und hat Abhilfe geschaffen.

— *Und es war zugleich eine Einbindung von denen, die Irans Atomprogramm unterstützt haben, indem sie die Rohstoffe oder Technologie geliefert haben. In dem Abkommen sind alle Seiten verpflichtet worden, die Russen und andere Unterstützer, dafür Sorge zu tragen, dass Iran die Atomtechnologie nicht weiterentwickeln kann, sondern abbauen muss.*

Und sie sind zugleich durch das Sanktionswesen mit in Anspruch genommen, dass der Iran im Falle von Verstößen gegen das Abkommen in diesen Mächten keine Alternative mehr hat. Sowohl Russland als auch China sind in den Verhandlungen bei allen anderen politischen Beziehungen dem Iran entgegengetreten als Mächte, die erstens dabei etwas zu sagen und sich zweitens in dieser Frage den USA anbequemt haben. Sie haben auch gegenüber dem Iran den amerikanischen Standpunkt geltend gemacht, dass der Iran sein Atomprogramm beschränken und umfassend kontrollieren lassen muss, um auszuschließen, dass er irgendwann den Übergang zur Atombombe macht. Russland war bei der praktischen Exekution dieses Programms an vorderster Front beteiligt, indem es die im Iran vorhandenen Uranvorräte abtransportiert hat.

Diese Einbindung der anderen Mächte heißt auf der anderen Seite nicht, dass diese dabei nicht ihre eigenen Interessen verfolgt hätten. Russland hat gesagt, dass der Iran das Recht hat, sich zu verteidigen, und die langen Verhandlungen führten dazu, dass der Iran die S 300 Abwehrraketen bekam; zudem haben sie ihm Atomkraftwerke zur friedlichen Nutzung der Kernenergie hingestellt. Russland hat also ein Interesse, dass dieser Staat in der Region eine bedeutende Rolle spielt. Mit diesen Maßnahmen stimmen sie mit dem, was die USA durch den Vertrag beabsichtigt haben, überhaupt nicht überein. Nur in Hinsicht auf die Atomkontrolle schauen sie auf den Iran und sind bereit, sämtliche Verstöße gegen den Vertrag zu ahnden; darauf haben sie sich eingelassen. Damit haben weder die Russen, noch die Chinesen noch die Europäer sich das Ziel der Amerikaner selber zu Eigen gemacht.

— *Sie haben diesen Fall als Gelegenheit genommen, dass sie dort als Signatarmächte, als Ordnungsmächte in der Region einen Fuß drin haben und Einfluss nehmen und somit weltpolitisch auch eine Rolle spielen und nicht nur die USA allein. Das steht dem Zweck der USA, den Iran zu strangulieren, gegenüber.*

Das ist der Widerspruch der amerikanischen Politik gewesen. Vom nationalistischen amerikanischen Standpunkt aus gesehen, hätten sie diese Einbindung der anderen Nationen gar nicht nötig. Denn Einbindung ist gleichzeitig eine Fesselung an das, was die anderen mittragen sollen. Und umgekehrt hat Obama gesagt, dass Einbindung die Benutzung der anderen zur Verfolgung des amerikanischen Ziels ist. Und mit der Benutzung der anderen entziehen sie dem Iran durchaus Alternativen, auf die dieser zu setzen versuchen könnte.

Insofern trifft dies das, was die Linie Obamas im Unterschied zu Trump ausmacht. In Hinsicht auf die rivalisierenden imperialistischen Mächte verbietet er ihnen nicht einfach ihre Interessen am Iran, sondern konzidiert ihnen eigene Interessen am Iran, sofern sie diese subsumieren unter das, was er unter diesem Punkt auf die Tagesordnung gesetzt hat, nämlich die atomare Entmachtung des Iran. Das ist das Widersprüchliche: Sie werden für das amerikanische Interesse funktionalisiert, ohne damit konfrontiert zu sein, dass ihre Interessen negiert werden. Auch im Verhältnis zum Iran hat sich Obama diesen Widerspruch geleistet. Er schließt mit ihm einen Vertrag und respektiert ihn insoweit als Verhandlungspartner und als anerkannter Staat und zugleich ist der ganze Inhalt der Politik eine Sache, die auf die Kapitulation des Iran abzielt. In Bezug auf die Mitvertragsgaranten ist es die Stellung Amerikas, als Führungsmacht des Westens den anderen so etwas wie ein Status als Mitordnungsmächte zugestanden und auf dieser Grundlage können diese eigene Nutzenkalkulationen anstellen. Diese widersprüchliche Form der Unterordnung als Führer der freien Welt hat Obama praktiziert. Unterordnung heißt in diesem Fall, dass sie die Feindschaft, die Amerika dem Iran aufmacht, zu teilen und mitzutragen haben.

*

— *Trump bezieht sich auf diesen Widerspruch der Politik Obamas so, dass er die Stellung vertritt, dass, wenn die USA sich den Zweck setzen, den Status des Iran als einer Regionalmacht auszulöschen, dann ist dieses Mittel des Atomabkommens nicht tauglich.*

— *Und weiter meint er, dass es ein einziger Widerspruch ist zu dem Zweck, den Iran zur Kapitulation zu bringen. Dies, weil er die Berechnungen aller anderen freisetzt, dem Iran wieder neue Mittel zu verschaffen, indem z. B. Öl wieder gehandelt werden darf.*

Trump schlägt sich ganz auf diese Seite dieses Angebots an Iran, Öl auszuführen, und hält dies für ein Unding, auf diese Weise Iran zu erlauben, sich ökonomisch zu stärken und am Weltmarkt zu betätigen. Er kritisiert die Politik seines Vorgängers von dem Standpunkt des Zwecks her, dass der Iran in seiner Souveränität zu zerstören ist und alles andere eine falsche Politik wäre, falsch, weil vom Zweck Abstand genommen würde, was Amerika überhaupt nicht nötig hat.

Mit dem Atomabkommen habe man dem Iran eine Alternative zur Kapitulation erlaubt. Was im Vertrag vereinbart ist, erlaubt anderen Mächten auf der Grundlage eigene Kalkulationen anzustellen. Was der Witz von

Obamas Weise des imperialistischen Vorgehens ist, wird ihm gerade von Trump vorgeworfen. Trump geht von der Überlegenheit Amerikas aus und steht auf dem Standpunkt, Politik in seinem Sinn: America first, muss diese Überlegenheit nur hemmungslos zum Einsatz bringen, dann kommen auch gute Deals heraus.

Trumps Standpunkt zielt auf die Durchsetzung amerikanischen Interesses und negiert dabei jedes andere Interesse, sei es das feindliche oder das von Bündnispartnern oder Konkurrenten. Insofern ist das eine andere Art imperialistischer Politik, die Trump da aufmacht. Von dem Standpunkt aus wird er laufend fündig und findet bei dem, was Obama gemacht hat zu setzen und was infolge des von ihm vereinbarten Atomabkommens praktiziert worden ist, lauter Belege dafür, dass da etwas schief läuft. Dagegen geht er mit der Kündigung des Atomabkommens vor.

— *Und bis in die Form hinein zieht er dies mit aller Rücksichtslosigkeit durch. Die anderen Garantiemächte werden vorher gar nicht befragt. Die Botschaft ist, dass wegen der Stärke der USA und ihrer einmaligen Position in diesem globalen Imperialismus diese Art von Rücksichtnahme nicht mehr angesagt ist.*

Man merkt so langsam, dass es bei der Kündigung dieses Atomdeals um viel mehr geht als einfach nur um eine Änderung im Verhältnis zum Iran. Wenn Trump den Konkurrenten vorhält, sie hätten das Atomabkommen aus Eigennutz für sich genutzt und sich damit positioniert, dann ist das mit der Kündigung ins Visier genommen. Trump besteht auf der Feindschaftserklärung, die Amerika gegen den Iran erlassen hat, und sieht den Skandal darin, dass damit überhaupt berechnend umgegangen wird. Dass also in Bezug auf eine amerikanische Feindschaftserklärung Mitunterzeichner des Vertrags oder Bündnispartner eigene Nutzenkalkulationen verfolgen, das müsse sich Amerika nicht bieten lassen.

— *Und im Artikel wird festgehalten, dass, wenn Trump das so sieht, er auch nicht daneben liegt. Es hat eine Objektivität in dem, dass so, wie Souveräne eingespannt werden und kooperieren, sie deswegen noch lange nicht ihre souveränen Berechnungen im Rahmen eines solchen Abkommens aufgeben. Und alle ihre Bestrebungen, die sie auf der Grundlage anstellen, sind ihrer Natur nach antiamerikanisch, weil sie ein Stück weit nicht nur die Marionetten sein wollen, sondern weil sie sich für sich etwas davon versprechen.*

Das war an dem Vertrag zuvor schon konkreter gesagt worden. Diese Mächte versprechen sich nicht nur etwas, sondern dieser Vertrag war für sie der positive Ausgangspunkt für ihren Umgang mit dem Iran. So hat Russland auf Grundlage dessen, dass die Atomfrage in dem Abkommen geregelt worden ist, mit dem Iran im Ölbereich zusammengearbeitet, ihn als seinen Bündnispartner im Nahen Osten aufgebaut und behandelt, ihm Waffen geliefert und ist mit ihm politisch zusammen aufgetreten. Auch China hat sich auf Grundlage des Vertrages den Iran als Bastion im Nahen Osten hergerichtet, ist dort ökonomisch überall präsent und stützt mit seinem Handelsverkehr den Iran. Genauso die europäischen Mächte. Sie waren in ihren Beziehungen, bei ihrem Handel mit dem Iran unmittelbar bedroht dadurch, dass es hieß, gegen den Iran müsse Krieg geführt werden, weil der sich sonst die Atomwaffe beschafft. Insofern war auch für sie der Vertrag Grundlage und Ausgangspunkt dafür, ihre ökonomischen Beziehungen mit dem Iran wieder aufnehmen zu wollen und sich im Nahen Osten als Vermittler zwischen Iran und USA zu präsentieren. Auf diese Sachen bezieht sich Trump als Beleg dafür, dass dieser Deal der schlechteste aller Zeiten sei.

Die USA gehen jetzt nicht hin und sagen nur, dass der Atomvertrag schlecht sei. Sie messen den Vertrag an ihrem Zweck, der ein anderer ist und den der US-Außenminister Pompeo in seiner Rede ausspricht: Was die USA vom Iran wollen ist, dass das Regime wekommt, die Iraner sich von diesem Regime befreien und alles, was der Iran im Nahen Osten an Aktivitäten entwickelt, sofort eingestellt wird und sich zum Vasallen der USA erklärt. Die anderen Partner des Abkommens tun dagegen so, als wenn es gar nicht darum, sondern um die Rettung des Vertrags ginge. Das ist die Klarstellung der USA, dass es nicht darum geht, den Iran davon abzuhalten, die Atombombe zu erlangen. In deren Sicht ist es sogar albern, wenn Netanyahu sagt, dass der Iran die Bombe heimlich weiterentwickelt habe. Dies gehört eigentlich schon zur Reaktion darauf, dass sich die anderen Mächte dem gegenüber ignorant stellen, wenn sie fragen, ob sich der Iran an das Abkommen gehalten hat oder nicht, und erklären, man könne den Vertrag ja auch um andere Punkte ergänzen – wie dies die EU vorschlägt. Und Russland schlägt vor, daran mitzuwirken, dass sich der Iran nicht überall einmischet.

Alle beteiligten Nationen, die ihre Interessen am Iran haben, werden durch Trumps Aufkündigung des Abkommens vor die Frage gestellt, ob sie sich dieser Feindschaftserklärung der USA beugen und dabei mitmachen oder nicht. Wenn nicht, dann stellen sie sich gegen Amerika selber und müssen sich überlegen, ob sie sich das leisten wollen. Die Reaktion der Europäer ist: „Das haben wir gar nicht so verstanden.“ Und die anderen nehmen diese Feindschaft auch nicht so und sagen: „Gut, dann müssen wir schauen, wie wir uns von den Amerikanern unabhängig machen.“ Damit ist auch die Frage, die Trump aufmacht, nur überspielt.

*

Vorhin ist angesprochen worden, dass er seine Ankündigung ganz ohne die Konsultationen anderer, auch nicht der am Vertrag beteiligten Mächte, macht. Das ist eine Statuszuweisung an diese Mächte. Denen ist damit bedeutet, dass es auf sie in dieser Frage nicht ankommt. Im Artikel wird von ihrer Irrelevanz gesprochen in einer Frage, die sie durchaus betrifft, einer Frage von höherem weltordnungsmäßigem Kaliber.

— *Das ist also in dem engeren Sinn nicht nur ein Vertragsbruch, sondern Trump macht daran modellhaft klar, dass die Gültigkeit eines internationalen Vertrags wie diesem Atomdeal steht und fällt mit der Entscheidung*

eines amerikanischen Präsidenten und die Stellung der anderen an dem Vertrag Beteiligten keine Rolle spielt.

— Bei allem, wie sich Trump kritisch über Deutschland und andere Länder äußert, ist immer die letzte Kritik, dass dies alles daran liegt, dass seine Vorgänger solche schlechten Verträge gemacht haben. Deshalb müsse man sich darüber nicht wundern, dass sich alle so aufführen, frech sind und Amerika schädigen. Diese Kritik, dass es sich um schlechte Verträge handele, richtet sich gegen den Respekt, den der Partner in solchen Verträgen immer noch erhält, gegen die Konzession, dass man ihn als Partner ernst nimmt. Dieser Respekt scheint ihm ein großer Fehler zu sein, deshalb betreibt er die Durchsetzung seines America first, ohne die anderen Beteiligten vorher zu konsultieren.

— Respekt ist mir zu formell. Wenn Trump das Abkommen einseitig aufkündigt und die daran beteiligten Garantiemächte vorher nicht konsultiert, dann ist das, was er nicht mehr respektiert, deren Anerkennung als mitordnende Mächte in dieser Region. Diesen Status, den die übrigen Garantiemächte für sich beanspruchen, erklärt Trump für nicht mehr gültig. Insofern sind die Rollen von China, Russland und der EU irrelevant gemacht worden.

Negativ kann man sagen, die anderen Staaten werden nicht gefragt. Trump hingegen diktiert positiv, was für diese Staaten ansteht und somit für sie gilt.

Das hat für die Mächte, die als Vertragspartner beteiligt waren, unterschiedliche Bedeutung. Im Status der Aufkündigung des Vertrags hatte Trump durch Gespräche mit den Europäer demonstriert, dass der Atomdeal keine Sache ist, bei der sich Amerika mit China und Russland in irgendeiner Weise abstimmt. In Richtung dieser beiden Mächte wurde klargestellt, dass diese als UN-Sicherheitsrats-Mitglieder und als potente Atommächte von den USA überhaupt nicht mehr ins Kalkül gezogen werden. Sie wurden mit der Aufkündigung des Vertrags konfrontiert. Wie sie dazu stehen und ob Interessen von ihnen tangiert werden, wird von den USA nicht berücksichtigt. Nach dieser Seite hin ist das eine Kampfansage an China und Russland. Die Kampfansage an die Europäer muss noch genauer ausgeführt werden.

— Dass Trump die Europäer im Gegensatz zu den Chinesen und Russen vorher ein Stück weit konsultierte, hatte ihnen gegenüber den Charakter einer Ankündigung. Europäische Politiker durften in die USA reisen und Bedenken einbringen. Dort wurde ihnen demonstriert, dass die Entscheidung des US-Präsidenten nicht zur Debatte steht. Gegenüber China und Russland heißt das, sie als Atommächte zu negieren und praktisch zur Irrelevanz zu erklären. Dies bedeutet aber noch nicht den Vollzug dieser Konfrontation. Es ist längst nicht ausgemacht, dass Russland aufhört, die Hisbollah und Syrien weiterhin für seine Interessen zu benutzen, und inwieweit China im Iran nicht weiterhin mit Dollar seine Geschäfte betreibt.

Das muss man sehen. Wenn Trump ankündigt, dass diese Staaten nicht gefragt werden, muss man abwarten, was daraus folgt. Es hat seinen guten Grund, dass der Artikel mit der Kampfansage vom Trump aufhört. Amerika gibt vor, worum es geht, und daran werden diese Staaten gemessen. Wenn die betroffenen Länder einen Vertragsbruch konstatieren, ist das eine sehr höfliche Ausdrucksweise dafür, dass sie andere Ziele verfolgen und sich gegen Amerika aufstellen. Ob sie diese diplomatische Form fallen lassen, ist nur Spekulation. Europa ist längst dabei, den amerikanischen Sanktionen auszuweichen und mit Iran Geschäfte zu machen und das sogar offensiv: Merkel reist nach China und betont, dass Deutschland keine Garantien für seine Firmen gibt; aber umgekehrt kann China einsteigen und so kann vielleicht der Vertrag mit dem Iran aufrechterhalten werden.

— Das war auch der Inhalt dieser europäischen Reisediplomatie nach Washington: wir haben schon die Kündigung der bisherigen Weltgeschäftsordnung verstanden - aber erinnert euch daran, dass es doch auch zu eurem Nutzen war. Im Appell an den gemeinsamen Nutzen haben sie dort die Absage bekommen, dass es Amerika nicht interessiert.

Den Europäern wird die Alternative aufgemacht, ob sie sich anschließen oder gegen Amerika Stellung beziehen.

— Diese Alternative, die den Europäern aufgemacht wird, ist explizit eine Drohung. Wenn Europa dafür sorgt, dass der Vertrag weiterhin anerkannt ist, haben die USA alle ökonomischen Mittel, diesen Ländern entsprechende Schäden zuzufügen. Daran merkt man, dass die alten Partnerschaften der westlichen Bündnisstaaten gekündigt sind. Die USA verlangen Unterordnung und zwar gemäß ihrem Interesse, wie die Welt sich ihnen zuzuordnen hat. Das ist die neue Qualität ihrer Politik zu den Europäern.

Das ist auch der Punkt an der Erfindung der sekundären Sanktionen, die Amerika jetzt anfängt zu praktizieren. Wenn Amerika Sanktionen beschließt, muss sich die ganze Welt daran halten. Wer das nicht tut, wird selber mit Sanktionen belegt. In der Dollarwelt, die der Weltmarkt darstellt, hat der amerikanische Imperialismus mittels des Dollar sehr viele Handhabungen, um entsprechende Schäden zu praktizieren.

— Mir ist an dieser Stelle bei den Europäern nicht klar, dass sie einerseits ein Blockade-Gesetz von 1996 reaktivieren, demnach sich europäische Kapitalisten nicht von fremden Sanktionen beeinflussen lassen dürfen. Das hat den Anschein, dass Europa sich zusammenschließt und sich gegen Amerika aufstellt, um Sanktionen zu unterlaufen. Diplomatisch wäre das der totale Affront gegen die USA. Gleichzeitig geben sie andererseits zu erkennen, dass sie das sowieso für wirkungslos halten. Warum betreiben sie dann überhaupt dieses Programm?

Das ist der Widerspruch, in dem sie sich bewegen. Auf der einen Seite sagen sie, dass Europa jetzt zusammenstehen und eine gemeinsame Antwort auf Amerika finden muss. Das ist schon eine Kampfansage. Auf

der anderen Seite überlegen sie, ob sie sich das leisten wollen. Was praktisch daraus folgt, ist sehr bescheiden und darin unterscheiden sich auch die einzelnen Länder. Die Strategie der Europäer besteht darin, einerseits die Kündigung des bisherigen Verhältnisses zur Kenntnis nehmen und sie andererseits nicht wahrhaben zu wollen. Als ob es noch um etwas anderes ginge als seine Aufkündigung oder ob es anstände, den Vertrag nachzubessern.

— *Gleichzeitig gibt es Stimmen, die sagen, man muss sich gegen Amerika behaupten und mit Macron verbünden. Für beide Abteilungen gilt der Widerspruch, dass sie gegen das, was Trump als Machtwort in die Welt gesetzt hat, tatsächlich nichts entgegenzusetzen haben - weder ökonomisch noch militärisch. Die USA sind als Weltordnungsmacht ihre Schutzmacht gewesen und von daher ist Europa nicht in der Lage, einen Gegensatz zu den USA aufzumachen. Sie werden sachlich in die Irrelevanz zurückgestuft.*

Das ist jetzt kein Zustand, der endgültig erreicht ist. Der Haltung vom Trump begegnen sie an jeder Stelle und überlegen sich immer, wie sie darauf reagieren können.

Der Artikel legt Wert darauf, dass hier ein Übergang passiert ist. Es geht nicht einfach darum, dass Amerika aus dem Atomabkommen ausgestiegen ist, sondern mit der vollzogenen Kündigung ist tatsächlich eine neue Abteilung im Verhältnis zur den Europäern eingerissen. Trump legt richtig Wert darauf, an diesem Fall zu demonstrieren, dass er gegenüber anderen auf Unterordnung besteht: Sie werden vor die Alternative gestellt, sich entweder zum Erfüllungsgehilfen seiner Politik zu machen und sich an der Niederringung, Isolierung und Sanktionierung des Iran zu beteiligen, - oder sie stellen sich auf den Standpunkt, den Vertrag zu retten und positionieren sich gegen Amerika. Das haben sein Botschafter in Deutschland und der Außenminister auch ganz deutlich geäußert: diese Haltung würde Amerika mit allem beantworten, was ihm zur Verfügung steht. Europa tut so, als ob es immer noch irgendwie um den Iran ginge, wo doch auf der anderen Seite längst die Ebene erreicht worden ist, dass sie mit dem, wie sie als Europäer dastehen, zur Bedeutungslosigkeit verurteilt sind. Das Bemühen um ihre imperialistische Politik und um eigene Interessen fällt unter das Verdikt des US-Präsidenten. Jede Eigenmächtigkeit, die gegen Amerika etwas festhält und sich für eigene Interessen stark macht – z.B. beim Iran für die eigenen ökonomischen Interessen – wird von Seiten Amerikas in der Weise verurteilt, dass die Europäer selber zum Gegenstand von feindlichen Maßnahmen werden. Den Europäern wird damit ein neuer Status in der internationalen Staatenwelt zugeteilt.

Die Reaktion der Europäer ist, sich einerseits auf das Blockade-Gesetz zu beziehen, das ihnen das Recht zugesteht, den eigenen Firmen die Befolgung von USA-Sanktionen zu verbieten. Damit stellen sie sich gegen diesen Angriff auf ihre imperialistischen Ambitionen in der Welt und beharren auf ihrem Recht, europäische Firmen vor amerikanischen Sanktionen zu schützen. Andererseits wird von ihnen der Angriff der USA nicht in gleichem Maße mit einem Gegenangriff beantwortet. Sie kombinieren ihre Ansage mit „wir wollen am Vertrag festhalten und werden, soweit es überhaupt geht, Ausgleichszahlungen an unsere Firmen leisten“ damit, dass sie die transatlantischen Beziehungen für wahnsinnig wichtig erklären und daran interessiert sind, sie weiterhin umfanglich zu pflegen. Also sind die Europäern nach der einen Seite hin mit dem Auftreten Trumps konfrontiert und nehmen dies in der Weise zur Kenntnis, dass sie Respekt für ihre Interessen fordern. Nach der anderen Seite hin verbinden sie es mit dem Eingeständnis, dass ihnen sehr wenig an Mitteln zur Verfügung steht, und machen deswegen gleichzeitig den Übergang zu weiteren Verhandlungen. Diese Affäre wird so laufend weiter geführt. Man sollte nicht die Vorstellung haben, jetzt sei die Entscheidung gefallen, sondern es wird dauernd darum gerungen.

Dabei ist es nicht so sehr die Frage, welche Mittel ihnen zur Verfügung stehen, sondern sie entschließen sich nicht dazu, das amerikanische Vorgehen praktisch zu konterkarieren. Wenn die Europäer auf ihrem Recht gegenüber ihren Firmen bestehen, aber gleichzeitig konstatieren, dass man gegen deren Geschäftsentscheidungen nichts machen kann, dann berufen sie sich nicht auf ihre Ohnmacht gegenüber Amerika, sondern räumen den Geschäften ihres Kapitals Vorrang ein.

Das "nicht können und nicht wollen" sollte nicht gegeneinander ausgespielt werden. Sie stoßen an die Schranken der Mittel, die sie haben, und reizen sie nicht aus.

Zuletzt ein Hinweis auf den letzten Absatz des Artikels. Er betont den Ausgangspunkt des Atomdeals und dessen Kündigung und versucht klarzustellen, was da am Iran abgehandelt wird. Es geht hier um viel mehr als um den Iran und deswegen steht am Schluss die Formulierung "Viel Ehre für die Mullahs". Dass dies eine weltpolitische Affäre ist, liegt wirklich nicht an ihnen.

— *Die Europäer versuchen den Anschein weltpolitischer Bedeutung zu retten. Das hat mit dem Iran nicht viel zu tun, sondern ist ein Fall, der die neue Weltordnung und die neue Zuweisung durch Amerika klarstellt.*

Thema des nächsten Jour Fixe: der Artikel zu Venezuela im GSP 2-18, der am 12.06.2018 erscheint.